

Evelin Wittich

Unabgeholtenes bei Rosa Luxemburg

Nationale und internationale Diskussionen der sozialistischen Linken

Rede auf der Internationalen Rosa Luxemburg Konferenz am 16.1.2009

Es gibt historische Ereignisse, die so einschneidend waren, dass sie viele Menschen nachfolgender Generationen immer wieder beschäftigen, weil sie Unabgeholtenes enthalten, das der Schlüssel zur Lösung jeweils gegenwärtiger Probleme sein kann. Ein solches Ereignis war die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts vor fast taggenau 90 Jahren.

Seit mehr als 10 Jahren – seit dem Zeitpunkt der Wahl des Namens für unsere Stiftung - beschäftigen wir uns mit dem Erbe unserer Namenspatronin. Es war am Beginn nicht abzusehen, welchen tiefgreifenden Einfluss das auf die Identität, das Profil und die Ausstrahlung der Stiftung haben wird. Diese Beschäftigung erfolgte und erfolgt in einem intensiven dynamischen Prozess an dem zahlreiche Akteure beteiligt sind.

Einer ist die internationale Rosa Luxemburg Gesellschaft, die seit ihrer Gründung 1980 vor allem wissenschaftlich zu Rosa Luxemburg arbeitet und Neues zur Diskussion gestellt hat. Seit dem Jahr 2000 gibt es eine gute Kooperation der RLS mit der IRLG. Prof. Narihiko Ito hat großen Anteil daran, dass in Japan an einer 17-bändigen Ausgabe der Werke und Briefe Rosa Luxemburgs gearbeitet wird.

In der Rosa Luxemburg Stiftung und ihrem unmittelbaren Umfeld wird sowohl wissenschaftlich, als auch in der politischen Bildung und bezogen auf die politischen Entwicklungsprobleme der sozialistischen Linken national und international am Erbe Rosa Luxemburgs gearbeitet. In der RLS Sachsen wird unter der Leitung von Prof. Klaus Kinner Forschungsarbeit geleistet, deren Ergebnis zahlreiche Publikationen sind. Prof. Annelies Laschitza, Dr. Jörn Schüttrumpf, Prof. Michael Brie haben wichtige Beiträge für uns geleistet.

Ich kann hier nicht alle aufzählen, möchte aber deutlich machen, dass der Fundus der Arbeiten, aus denen wir schöpfen können inzwischen sehr umfangreich ist.

Die RLS hat in Kooperation mit der IRLG, aber auch mit Landesstiftungen und Auslandsbüros Rosa Luxemburg Konferenzen und Seminare in Moskau, Johannesburg, Guangzhou, auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre, Erfurt, Buenos Aires und an anderen Orten durchgeführt.

Die dabei geführten Diskussionen zielen in das Zentrum der heutigen Entwicklungsprobleme der sozialistischen Linken.

Es ist überraschend, wie viele Aspekte des Denkens Rosa Luxemburgs heute noch von Interesse sind:

ihr Politikverständnis, ihre Demokratieauffassung, ihr Revolutionsverständnis, ihr Verhältnis zu feministischen Auffassungen, ihr Parteienverständnis und die Rolle breiter politischer Akteure – der Masse - aber auch ihre ökonomischen Arbeiten und ihr Verhältnis zu Militarismus und Krieg.

Vorgetragen auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin, 16./17.01.2009

Rosa Luxemburg hat heute noch eine große Anziehungskraft wegen ihrer politischen Auffassungen aber auch, weil sie eine einfühlsame Frau war, die das Leben, die Kunst, die Natur liebte und gerade deshalb konsequent für Gerechtigkeit in den gesellschaftlichen Verhältnissen stritt. Viele sehr unterschiedliche Menschen finden sich in verschiedenen Facetten ihrer Persönlichkeit wider, fühlen sich angezogen und angeregt von der Beschäftigung mit ihr.

Die politische Linke hat es in der Vergangenheit und bis heute selten verstanden, ihre abstrakten Ideen von Gerechtigkeit und Solidarität, von Freiheit und Emanzipation mit der eigenen Anhängerschaft auch für weniger politisierte Menschen überzeugend vorzuleben. Rosa Luxemburg gibt gerade hier unübersehbare Anstöße:

Ihre Ehrlichkeit gegenüber dem eigenen Tun, die Redlichkeit ihres Denkens gerade auch dann, wenn es unbequem wurde, ihre Lauterkeit auch und gerade gegenüber dem Gegner.

Nur wenn die Linke sich daran orientiert, kann sie zur Emanzipation von Ausbeutung und Unterdrückung ermutigen.

Emotional aufgeladene und kontroverse Diskussionen gibt es immer, wenn es um die heutige Sicht auf Grundfragen des Revisionismusstreites vor mehr als hundert Jahren geht. Das Niveau dieser Debatten zu Kernproblemen des Revisionismusstreites heute liegt noch nicht wesentlich über dem von damals. Das bedeutet, dass zukunftsorientierte Lösungen im Sinne Rosa Luxemburgs höchstens in Ansätzen auszumachen sind.

Die SPD von damals stand vor einem grundsätzlichen Dilemma: je stärker sie wurde, je größer die Zustimmung unter den Wählern wurde (das Wahlrecht für Frauen gab es noch nicht), umso häufiger betonten ihre Führer den Hass auf die ganze bürgerliche Gesellschaft; richteten sich aber im parlamentarischen Tagesgeschäft ein. Sie waren nicht in der Lage, die politische Praxis einer Massenpartei mit ihren revolutionären Zielen zu verbinden. Eduard Bernstein versuchte, für diese Situation eine theoretische Lösung vorzulegen. Rosa Luxemburg erkannte sofort, dass diese Lösung zu Selbstgenügsamkeit in der Parteiführung und Teilen der Partei führt und dass damit die Perspektive des Klassenkampfes und einer gerechten Gesellschaft verloren geht.

Rosa Luxemburg schrieb im Vorwort zu Sozialreform oder Revolution:

„Der Titel der Schrift kann auf den ersten Blick überraschen. Sozialreform *oder* Revolution? Kann denn die Sozialdemokratie *gegen* Sozialreform sein? Oder kann sie die soziale Revolution, die Umwälzung der bestehenden Ordnung, die ihr Endziel bildet, der Sozialreform *entgegenstellen*? Allerdings nicht. ... Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform *das Mittel*, die soziale Umwälzung aber *der Zweck* ist.“¹

Ausschlaggebend für die Positionierung im „Revisionismusstreit“ damals und heute ist das Politikverständnis der jeweiligen Akteure. Für Rosa Luxemburg war kompromissloser Humanismus und ein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn der Beweggrund ihres politischen Handelns und auch ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Machterwerb und Machterhalt waren für sie nicht das vordergründige Ziel, allerhöchstens Mittel zum Zweck. Nicht vordergründig, aber immer präsent ist in den gegenwärtigen Diskussionen das tatsächliche Politikverständnis, denn es gibt unter den Linken, Sozialisten und Kommunisten auch heute gravierende Unterschiede im Politikverständnis, die aber meist nicht offen und klar benannt werden.

¹ Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke Band 1/1, Dietz Verlag Berlin 1990, S. 369)

Rosa Luxemburg schrieb im Gefolge des ersten Weltkrieges: „Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus“². Ihr kompromissloser Idealismus sollte die Arbeiterbewegung immer daran erinnern, dass diese ihren ursprünglichen revolutionären, auf Humanismus gerichteten Perspektiven treu bleiben sollte. Rosa Luxemburg kritisierte die sozialdemokratische Parteiführung schonungslos, indem sie ihr vorwarf, dass niemand die Partei in diesem revolutionären, humanistischen Sinne leitet, niemand sich dafür verantwortlich fühlt. Das Ergebnis: ein Treiben in die Routine, ein Drang, Reformen als Ersatz für revolutionären Kampf aufzuwerten, der wachsende Einfluss der Gewerkschaftsbürokratie und des auf Stimmengewinn orientierten Wahlapparats der Partei, kurz gesagt, eine Politik, die eine opportunistische Anpassung an den Kapitalismus zur Folge hat.³ Je größer die Unzufriedenheit Rosa Luxemburgs mit der Politik der Partei wurde, umso intensiver beschäftigte sie sich mit Imperialismustheorie und Massenstreik; wollte, um das Gleichgewicht in der Partei wieder herzustellen, die Realitäten der imperialistischen Gesellschaft in die Partei zurück holen.

Rosa Luxemburg kam nie in die Situation, ihre Auffassungen im Zusammenhang mit einer konkreten Regierungsbeteiligung zu diskutieren. Das ist heute anders.

Immer häufiger kamen und kommen linke, sozialistische Parteien in die Situation, in Regierungen Verantwortung zu übernehmen.

Auf unseren Konferenzen und Seminaren wurde zum Teil heftige Kritik daran geübt, wie Regierungsverantwortung konkret wahrgenommen wird.

In Porto Alegre, auf dem Weltsozialforum, wurde im Zusammenhang mit den wesentlichen Auffassungen von Rosa Luxemburg zu Demokratie und ihrem Politik- und Parteienverständnis die Frage diskutiert, ob und wie eine linke Regierung - wie die in Brasilien von Lula geführte - soziale Gerechtigkeit herstellen könne oder ob sie in der heutigen durch neoliberale Globalisierung geprägten Welt dafür überhaupt eine Chance hätte. Auch persönliches Versagen wurde den politischen Akteuren in Brasilien vorgeworfen. In Buenos Aires ging es um die Bewertung linker Strategien, ganz explizit um die Einschätzung von Linken in Regierungsverantwortung. Linke Parteien wurden z.B. in Brasilien und Uruguay in die Verantwortung gewählt wegen ihrer anti-neoliberalen Programme, dafür, dass sie der armen Bevölkerung einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und gerechtere Entwicklungsmöglichkeiten versprochen. Die Bilanz in Brasilien, zum Teil auch in Uruguay fiel nach Meinung der Rednerinnen und Redner meist sehr ernüchternd aus. Hauptkritikpunkte waren:

- Das Ziel Sozialismus sei nicht mehr erkennbar.
- Das Nichtvorhandensein einer alternativen Wirtschaftspolitik, welche die wissenschaftlich-technische Entwicklung fördere und zugleich bemüht sei, die soziale Frage einer Lösung zuzuführen.
- Die Spielregeln gegenüber den internationalen kapitalistischen Akteuren würden nicht verändert, die Auflagen des IWF würden zu diszipliniert erfüllt, und 60 % der Kinder leben weiter in Armut.
- Innerparteiliche Demokratie sei nicht ausreichend entwickelt und nötige Wechselwirkungen zwischen Partei und Regierungsvertreterinnen und Vertretern gäbe es de facto nicht.
- Die Gewerkschaften sind in einer komplizierten Situation: Sie sind oft Mitglieder der Regierungsparteien und müssten deren Politik demnach mit vertreten. Andererseits sähen sie in der Regierungspolitik die Gefahr von Veränderungen in der Balance zwischen Kapital und Arbeit. Wenn nämlich dem ausländischen Kapital gute

² Rosa Luxemburg: Eine Ehrenpflicht. In: GW, Bd. 4, S. 406

³ Vgl. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs, Dietz Berlin, S.31

Vorgetragen auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin, 16./17.01.2009

Bedingungen geboten werden, gibt es Konflikte mit den Rechten der Werktätigen im Land. Die Rückkopplung zur sozialen Basis der Regierung könne dadurch gefährdet werden.

In Brasilien setzten die Linken mehr als 15 Jahre auf Lula, orientierten damit zu sehr auf eine Person und entwickelten keine Strategien, wie auf Personen an der Spitze derartig eingewirkt werden kann, dass sie sich nicht von den Zielen der Partei und den verbündeten Bewegungen in eklatanter Weise entfernen. So wurden auch Zweifel ausgesprochen, dass Chavez in Venezuela die seriöse Perspektive für Lateinamerika sei. Die Kluft zwischen überzogenen Versprechen im Wahlkampf und dem real Möglichen in der konkreten Politik nach einem Wahlsieg wurde ebenso als eine Ursache für Enttäuschungen benannt.

Heftige Auseinandersetzungen entbrannten, als ein Referent seine Überzeugung darüber äußerte, dass in Kuba nicht von Sozialismus die Rede sein kann, da es keine Demokratie gäbe.

Erfreulich war, dass diese Kontroversen sachlich und argumentativ ausgetragen wurden. Denkverbote, Ausgrenzungen, Wahrheitsansprüche – sind noch nicht völlig verschwunden, werden jedoch immer mehr marginalisiert. Die Weltsozialforen haben diese Offenheit zu ihrer obersten Maxime erhoben, und dieses Herangehen setzt sich in den europäischen und anderen regionalen Sozialforen fort. Eine solche politische Kultur unter den Linken ist neu und meines Erachtens die Grundvoraussetzung dafür, dass die Linke wieder politikfähig werden kann in einer Welt, in der es nur partiell Offenheit für linke sozialistische Gesellschaftsvorstellungen gibt.

Großen Diskussionsbedarf gibt es nach wie vor zu den Demokratieauffassungen Rosa Luxemburgs theoretisch und bezogen auf die Konsequenzen für linke Politik.

Auf der Rosa Luxemburg Konferenz in China wurden die Demokratieauffassungen Rosa Luxemburgs mit denen Mao Ze-Dongs verglichen. Wir werden dazu auf dieser Konferenz von Prof. Wang Zuedong Weiterführendes hören und ich möchte dem nicht vorgreifen. Nur soviel: Es herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass die Auffassungen Mao's über die Große Demokratie sich sehr unterscheiden von denen Rosa Luxemburgs über direkte Demokratie, dass die Kulturrevolution in China vorhandene Ansätze von Demokratie zerstörte und zu Anarchie führte, die mindestens genauso viele Opfer forderte wie der Stalinismus.

Diskutiert wurde das Verhältnis von Demokratie und Zentralismus, wobei den Auffassungen zugestimmt wurde, dass in einem so großen Land wie China ein bestimmtes Maß an Zentralismus nötig sei, das allerdings nicht weiter definiert wurde. Die Trennung von Partei und Regierung war ein weiteres Thema. Kontrovers ging es bei der Frage der innerparteilichen Demokratie zu. Die KPCh hat enorme Probleme mit Bürokratisierung und Korruption. Deshalb waren mehrere Rednerinnen und Redner der Meinung, dass die Regierungsfähigkeit der Partei davon abhängt, wie es durch innerparteiliche Demokratisierung als Teil der gesellschaftlichen Demokratisierung gelingen kann, diese Missstände zurückzudrängen.

Rosa Luxemburg lehnte übrigens alles ab, was sie in irgendwelche Abhängigkeiten bringen könnte.

Die ökonomische Entwicklung in China wurde auf den Konferenzen in Wuhan und Quanzhou im Zusammenhang mit der Akkumulationstheorie Rosa Luxemburgs diskutiert. An die Luxemburg-Kenner ging die Frage, ob Rosa Luxemburg Marktwirtschaft und Demokratie als miteinander vereinbar ansah. Hintergrund ist die rasante ökonomische Entwicklung Chinas nach Prinzipien der kapitalistischen Marktwirtschaft und als Akteur im Rahmen der neoliberalen Globalisierung auf dem Weltmarkt. Es wurden Hoffnungen artikuliert, dass sich diese Entwicklungen in sozialen Fortschritt für die Bevölkerung

Vorgetragen auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin, 16./17.01.2009

verwandeln lassen. Gleichzeitig gab es diesbezüglich auch große Skepsis. R. L. begriff den kapitalistischen Akkumulationsprozess als globales Phänomen: Ohne die vorkapitalistischen und nichtkapitalistischen Milieus in den entwickelten und unterentwickelten Ländern, meinte sie, würde der Kapitalismus rasch an seine Akkumulationsgrenzen stoßen. Das hat sich nicht bestätigt. Dennoch sind viele ihrer ökonomischen Überlegungen anregend für die Analyse heutiger wirtschaftlicher Entwicklungen – wie die Debatten eindrucksvoll belegten.

In Erfurt auf dem Sozialforum in Deutschland verglich die norwegische Historikerin und Politikwissenschaftlerin Tanja Storlokken die Auffassungen von Reform und Revolution im Erfurter Programm der Sozialdemokratie und im Programm des von Rosa Luxemburg mit gegründeten Spartakusbundes. Dabei traf sie entscheidende Aussagen zum Revolutionsbegriff Luxemburgs. Sie charakterisierte Luxemburgs Revolutionsauffassung als einen demokratischen Prozess, als Verbindung zwischen Zielvorstellung und Weg zur Macht. „Der Revolutionsbegriff ist im höchsten Grade umstritten. Deshalb erscheint es mir als eine wichtige und notwendige Aufgabe, wieder eine demokratische und anti-totalitäre Auffassung von der Revolution zu erobern. Zu einer solchen Widereroberung kann das Revolutionsverständnis von Rosa Luxemburg beitragen.“⁴ Storlokken beschreibt den revolutionären Weg Luxemburgs als ein „Ausprobieren“, als „Versuch und Irrtum“ in den tatsächlichen politischen und ökonomischen Kämpfen, als eine unbedingte Voraussetzung für die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft.

Erheblichen Diskussionsbedarf gibt es zur Frage, wie eng für Rosa Luxemburg Freiheit und Demokratie miteinander verbunden sind. In Argentinien z.B. wurde festgestellt: „Demokratie verliert ihre Effizienz, wenn Freiheit ein Privileg wird. Sieht man den gegenwärtigen Kampf vor allem der USA gegen den Terrorismus, so wird Terror mit Terror bekämpft. Das Leben, das geschützt werden sollte, wird gefährdet – auf allen Seiten. Freiheit wird bis zur Aufgabe eingeschränkt, bis es sukzessive keinen Raum mehr für Demokratie gibt.“ (Pablo Slavin)

Die Kritik Luxemburgs an Lenin und den Bolschewiki war besonders auf der Moskauer Konferenz Thema. Als Übereinstimmung über die Substanz und die Berechtigung der Kritik bestand, wurden weniger bekannte Vertreter der Bolschewiki benannt, die um 1918/1919 ähnliche Kritiken an den oben Genannten äußerten wie Luxemburg, die jedoch von der politischen Bühne verschwanden bzw. sich anpassten. Die Konferenz in Moskau war die erste, die je in Russland und natürlich auch in der Sowjetunion zu Rosa Luxemburg stattgefunden hat.⁵ Es gab in der UdSSR kein offizielles Interesse an der Luxemburg und deshalb keine offizielle Forschung. Der bekannte Literaturkritiker Marlen Korallow hatte Zugang zu dem auf Wunsch von Sophie Liebke nach Moskau verbrachten Karl-Liebke-Archiv erhalten. Mit Hilfe dieser Materialien verfasste er eine Luxemburg-Biographie. Diese Biographie ist jedoch nie in der Sowjetunion erschienen, sondern in Italien. Da die Kenntnisse über Rosa Luxemburg in Russland sehr mangelhaft sind, schlug eine Geschichtspräsidentin vor und verpflichtete sich selbst, Rosa Luxemburg verstärkt in die Lehre aufzunehmen.

War Rosa Luxemburg Feministin oder nicht. Auch dazu gab es interessante Debatten. Im Sinne der gängigen Definitionen von Feminismus bzw. verschiedener Feminismen war sie es nicht. Sie hat Emanzipation gelebt und so auch heutiges feministisches Denken beeinflusst. Hervorhebenswertes Beispiel ist Frigga Haug' Buch von 2007 Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik.

⁴ Tanja Storlokken: Reform und Revolution zwischen Erfurt und Spartakus, S.2.

⁵ Rosa Luxemburg, aktualnue aspektue polititscheskoi i nautschoi dejatelnosti. Moskwa 2004. ISBN: 5-88451-089-6

Vorgetragen auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin, 16./17.01.2009

Das Büro der RLS in Südafrika veranstaltet jedes Jahr mindestens ein Rosa Luxemburg Seminar.

Die Arbeiten Rosa Luxemburgs über die Ursachen von Militarismus und Krieg waren in einem dieser Seminare Ausgangspunkt für die Analyse der Situation in Afrika. Viele Länder Afrikas sind durch die Kolonialzeit und imperialistisch inspirierte Kriege in erschütterndem Ausmaß destabilisiert. Zur Zeit der portugiesischen und belgischen Kolonialherrschaft, erlitten sie schmerzhafte Verluste an natürlichen Ressourcen ebenso wie an ausgebildeten Arbeitskräften. Sie waren in den kalten Krieg auch militärisch durch Stellvertreterkriege involviert. Zahlreiche Führer der Unabhängigkeitsbewegungen wurden umgebracht. Es entstand ein Netz der Solidarität im anti-kolonialen Kampf, aber auch eine neue gefährliche Klasse lokaler Kollaborateure und von Juniorpartnern des Imperialismus in Afrika, einschließlich der Geheimdienste. Es bestand Einigkeit darüber, dass es in dieser Situation dringend nötig sei, demokratische und auf Frieden orientierte Bewegungen zu stärken und neue ins Leben zu rufen. An dem Seminar nahmen vor allem Vertreter und Vertreterinnen von sozialen und Friedensbewegungen teil. In der offenen Diskussion wurde auch die Verteidigungs- bzw. Militärpolitik der vom ANC geführten Regierung kritisch betrachtet. Insgesamt ergab die Diskussion, dass die Militärpolitik Südafrikas widersprüchlich ist: Einerseits ist sie auf Friedenserhaltung und Konfliktlösungen orientiert, andererseits dient sie dem Aufbau einer regionalen Militärmacht mit allen damit verbundenen Gefahren. Zudem setzt diese Politik Ressourcen ein, welche dringend für die Entwicklung des Landes benötigten würden.

Die wenigen Vertreter der Regierungsparteien (hauptsächlich der Kommunistischen Partei Südafrikas, CPSA), die sich der Diskussion stellten, hatten keinen leichten Stand. Allerdings war dies offenbar eine der äußerst seltenen Möglichkeiten, miteinander zu diskutieren und Standpunkte auszutauschen.

Eine Aktivistin der afrikanischen Friedensbewegung stellte fest, dass Demonstrationen als Zeichen der Missbilligung von Kriegen außerordentlich wichtig seien, dass es jedoch in der Natur der Sache liege, dass sie nicht permanent stattfinden können, dass sie auch nachlassen. Die Friedensbewegung müsse deshalb ihre Kraft aus ständiger Aufklärungsarbeit ziehen und der Überzeugung, dass der Kampf für Frieden erfolgreich sein kann in einer Gesellschaft, für die Frieden eines der höchsten Güter ist und zwar in einer sozialistischen Gesellschaft. So, wie es sich Rosa Luxemburg vorstellte. Als wichtige Ausgangspunkte für heutige Kriege charakterisierte sie im Ergebnis einer hochinteressanten Analyse die Militärstützpunkte, die es in aller Welt gäbe – ganz gleich, ob sie von den USA, Großbritannien oder anderen Militärmächten unterhalten würden.

Die Zusammenhänge zwischen imperialistischen Machtinteressen, Kriegen und Terrorismusbekämpfung waren ein Gegenstand des Seminars in Buenos Aires, wobei besondere Verbindungen zwischen Freihandel und Militarisierung hergestellt wurden. Die ökonomischen Interessen der USA, aber auch die Interessen und das Vorgehen der EU in Lateinamerika wurden sehr kritisch diskutiert. An der geäußerten Auffassung, die EU sei ein Vasall der USA, entbrannte eine Kontroverse mit den europäischen Teilnehmern. Es gab erheblichen Informationsbedarf über die EU, die Interessen ihrer Mitglieder und die Widersprüche zwischen ihnen und nicht zuletzt ihre militärischen Ziele, Ambitionen, Strategien. Eine Verständigung auf den Gebrauch von Kategorien wie z.B. den Weltmarkt, oder die Veränderungen in den Machtinteressen und militärischen Strategien seit Beginn des Kapitalismus bis in die Gegenwart wurde eingefordert.

Die aktuelle Bedeutung Rosa Luxemburgs vor allem für die sozialen Bewegungen war auf dem Weltsozialforum und dem Sozialforum in Deutschland von Interesse. Es ging um die Frage des Verhältnisses von linken Parteien und Bewegungen, wobei eine Ablehnung von

Vorgetragen auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin, 16./17.01.2009

Parteien der Auffassung gegenüber stand, dass linke Parteien im Parlament Druck und Unterstützung von den Bewegungen brauchen, um deren Interessen im möglichen Maß politisch zu vertreten. Auf großes Interesse stieß der Vortrag von Isabel Loureiro über Rosa Luxemburg und die zeitgenössischen sozialen Bewegungen am Beispiel der Landlosenbewegung (MST) in Brasilien.

Loureiro stellte eingangs die Frage, welche Gemeinsamkeiten es wohl zwischen einer Bewegung landloser Landbewohner in Brasilien und der jüdisch-polnischen Sozialistin geben könnte, die sich scharf gegen die Verteilung von Land durch die Bolschewiki an die Bauern wandte, weil dies eine neue Klasse von Kleineigentümern hervorrufen würde, die dann gegen den Sozialismus opponieren würden. Sie findet die Gemeinsamkeiten und die Punkte, in denen Rosa Luxemburg für die MST Inspiration sein kann, wie z.B. die Verteidigung der direkten Aktion und der Erfahrungen der Massen. „Der Gedanke, dass sich die Subjekte im Kampf aufbauen, dass der Kampf die Subjekte formt, ist eine Gemeinsamkeit bei Luxemburg und der MST. Für Rosa resultiert das Klassenbewusstsein aus der freien politischen Praxis der Volksmassen, es wird also nicht von außen durch eine spezialisierte Vorhut von Berufsrevolutionären eingeführt“⁶. Joao Pedro Stedile, eines der Mitglieder der nationalen Führung der MST, sagt: „Die konkrete Praxis des Kampfes für die Landreform hat uns gelehrt, dass man Erfahrungen nicht kopieren darf, weil jeder Raum, jede lokale Realität neue Elemente mit sich führt, die sich immer wieder – ausgehend von den bereits gesammelten Kenntnissen – neu gestalten.“⁷ Loureiro benennt noch zwei weitere wichtige Übereinstimmungen zwischen der Luxemburg und der MST: die Verteidigung der radikalen Demokratie und das Ziel des Sozialismus.

Die politische Diskussion um Rosa Luxemburg in Deutschland entbrannte im Jahre 2001 um das vom Rot - Roten Berliner Senat geplante „Denkzeichen“ für die Politikerin in der Hauptstadt. Die Gegner der Koalition aus SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) griffen Rosa Luxemburg als Demokratin, als Kriegsgegnerin, als revolutionäre Politikerin und vor allem als Symbolfigur des demokratischen Sozialismus an. Wie immer, wurde Geschichte aktuell-politisch benutzt. Dennoch war ich damals darüber erschüttert, wie wenig in dieser medialen Diskussion am Anfang des 21. Jahrhunderts der Persönlichkeit Rosa Luxemburgs Gerechtigkeit widerfuhr. Es wurde das Bild von der „blutigen Rosa“ bemüht, sie in den Ruf einer putschistischen, ja terroristischen Politikerin gebracht, ihre Bekanntheit und die Verehrung für sie als Irrtum bezeichnet. Das alles ist dokumentiert

Dem setzen wir einen sachlichen ehrlichen Umgang mit der Person Rosa Luxemburg entgegen ohne zu verschweigen oder zu verdrängen, dass es natürlich auch Ängste geben kann gegenüber Menschen und politischen Akteuren, die den Verhältnissen mit radikalen – an die Wurzel gehenden – Lösungen entgegen treten.

Der spanische Schriftsteller Jorge Semprun schrieb über seine Zeit im KZ Buchenwald und die Jahre danach: „Es gibt keine unschuldige Erinnerung.“

Wir sollten uns dessen immer bewusst sein.

Die sozialistische Linke steht vor enormen Herausforderungen bei der Entwicklung zukunftsfähiger Politik und sie benötigt dafür vielfältige Impulse. Die Beschäftigung mit dem Unabgeholtenem bei Rosa Luxemburg bietet dafür vielfältige Anregungen. Die politische Bildungsarbeit unserer Stiftung wird dem auch künftig Rechnung tragen.

⁶ Isabel Loureiro: Das Politikverständnis von Rosa Luxemburg. Rosa Luxemburg und die zeitgenössischen sozialen Bewegungen: das Beispiel MST (Bewegung der Landlosen), Vortrag auf dem Sozialforum in Deutschland in Erfurt am 23.7.2005), S.3

⁷ ebenda